

Hedonismus, Sorglosigkeit und kognitive Dissonanz

Ursachen und Lösungsansätze der aktuellen Schuldenkrise in Europa aus Sicht der Wirtschafts- und Sozialpsychologie.

VON DIETER FREY UND ANDREAS LENZ

VIELE STAATEN HABEN sich über die letzten Dekaden extrem hoch verschuldet, nicht zuletzt durch die jüngsten Bankenrettungen. Allein von 2008 auf 2009 stieg die durchschnittliche Verschuldung innerhalb der Eurozone von ca. 70 auf 80 Prozent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Beispielsweise hatte Griechenland bis zuletzt sogar Schulden in Höhe von mehr als 350 Mrd. Euro angehäuft, was ca. 150 Prozent des griechischen BIPs entspricht.

Allerdings bedingte nicht nur die Finanzkrise die Anhäufung der Staatsverschuldung: Selbst in Zeiten, in denen die Wirtschaft florierte, wurde es versäumt, Schulden zurückzuführen und den Haushalt zu konsolidieren. Meist wuchsen die Schulden schneller als das BIP. Nun schränkt die Verschuldung den Handlungsspielraum der Regierungen ein, da der Schuldendienst einen immer größeren Teil des Staatshaushalts umfasst. Die Verschuldung geht vor allem zu Lasten nachfolgender Generationen, deren Zukunftsfähigkeit sie bedroht.

Die psychologischen Faktoren der Schuldenkrise

Die jüngsten Rettungspakete setzen überwiegend an den Symptomen der Schuldenkrise an. Die nun „erkaufte“ Zeit sollte für eine sorgsame Ursachenanalyse genutzt werden. Während bisher überwiegend die politischen und ökonomischen Komponenten der Krise aufgezeigt wurden, glauben wir, dass auch psychologische Phänomene eine entscheidende Rolle spielen, wie wir im Folgenden zeigen werden (s. Abb. 1).

Machterhalt, Hedonismusprinzip und die Unfähigkeit, Verluste zu realisieren

Menschen neigen zu einem hedonistischen Grundprinzip: Kurzfristige Betrachtungsweisen dominieren gegenüber langfristigen Überlegungen, vor allem, wenn diese mit Verlusten verbunden sind. Die Prospekttheorie des Nobelpreisträgers Daniel Kahneman zeigt, dass es Menschen, Gruppen, Organisationen oder Staaten schwerfällt etwas aufzugeben, das sie besitzen (Besitzstandseffekt). Sie versuchen vielmehr, den gegenwärtigen Zustand zu erhalten und potentielle Verluste (Einsparungen) zu verdrängen oder in die Zukunft zu verlagern.

Politiker haben Angst, nicht mehr gewählt zu werden, wenn sie der Bevölkerung harte Ein-

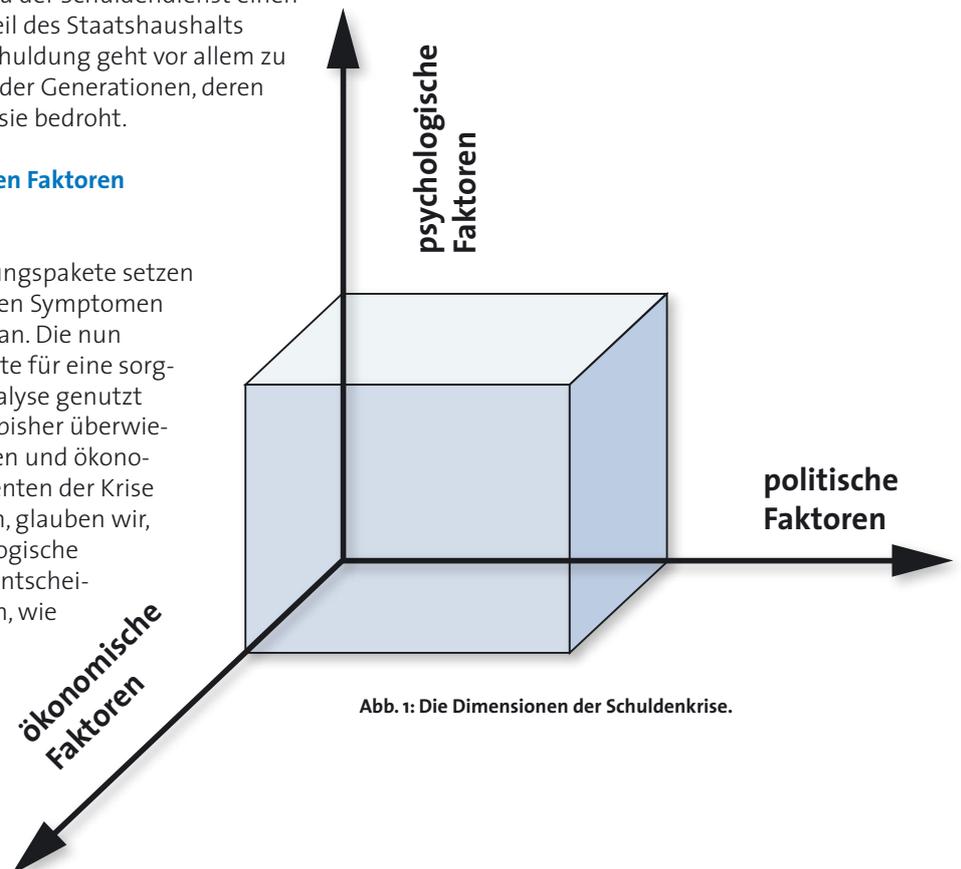


Abb. 1: Die Dimensionen der Schuldenkrise.

schnitte zumuten, also vom Hedonismusprinzip abweichen. Deshalb wird, von demoskopischen Zwängen getrieben, oft nur bis zur nächsten Wahl gedacht. Häufig kommt es dabei zu Machtspielen oder Versprechungen, die zu Lasten des Landes gehen. So meinte beispielsweise Griechenlands Vize-Premierminister Theodoros Pangalos dazu: „Das politische System in Griechenland funktionierte jahrelang so, dass man Leute im Tausch gegen Wählerstimmen zu Staatsbediensteten machte. Die Wähler haben ihre Stimmen verkauft und sind daher mitverantwortlich.“ Lösungen werden deswegen immer öfter erst dann erzielt, wenn der Leidensdruck so groß ist, dass das Handeln quasi von außen erzwungen wird.

Mangelndes Vorbildverhalten großer Länder

Im Jahr 2005 entgingen Deutschland und Frankreich selbst nur knapp einem Defizitverfahren der Europäischen Union. Die EU-Konvergenzkriterien („Maastricht-Kriterien“) schreiben u. a. vor, dass die Nettoneuverschuldung eines Landes nicht mehr als drei Prozent des Bruttoinlandprodukts betragen darf. Beide Länder wiesen aber seit 2002 eine höhere Neuverschuldung auf. Obwohl die Eröffnung eines Defizitverfahrens geboten gewesen wäre, verzichtete der Rat der europäischen Finanzminister auf die Einleitung entsprechender Maßnahmen. Das Signal war fatal, denn kleinere EU-Länder dachten: „Wenn es bei den großen Volkswirtschaften nicht so genau genommen wird, brauchen wir uns auch nicht weiter anzustrengen.“

Keine Fehlereinsicht aufgrund von Rechtfertigungsverhalten

Die psychologische Theorie der kognitiven Dissonanz besagt, dass Menschen nach Entscheidungen versuchen, diese zu rechtfertigen, indem sie selektiv Informationen suchen, die ihre Entscheidung unterstützen. Die Theorie unterstellt, dass Menschen keine rationalen, sondern rationalisierende Wesen sind. Was immer also Akteure (sowohl in Griechenland als auch in anderen europäischen Staaten) tun oder getan haben, sie versuchen, ihr Verhalten zu rechtfertigen. Dadurch ist die Einsicht in eigene Fehler begrenzt – und das macht es umso schwieriger, tragfähige Lösungen zu finden. Im Fall der Aufnahme von Schulden ist es auch sehr einfach, gute Begründungen zu finden: neue Schulden seien z. B. Investitionen in die Zukunft, Infrastruktur oder Bildung. Vergessen wird jedoch zumeist, dass Schulden als Ganzes gesehen auch die Zukunft als Ganzes bedrohen.

Sorglosigkeit und Überoptimismus

Die Politiker, aber auch Teile der Wissenschaft glaubten lange, Schuldenkrisen könnten in den entwickelten Ländern nicht mehr auftreten – dabei ist Europa der einzige Kontinent, dessen Bevölkerung nicht nur älter wird, sondern sogar schrumpft. Die Ansprüche an den Lebensstandard bleiben jedoch konstant hoch. Es hat den Anschein, als ob viele Länder sorglos Schulden anhäuferten, weil sie glaubten, die Probleme würden sich in späteren Zeiten irgendwie von selbst lösen. Ähnlich dachte man bei der Einführung des Euro: Die bekannten Probleme, etwa strukturelle Ungleichheiten innerhalb der EU, Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Staaten oder in der Höhe der Staatsverschuldung, sollten allein durch die gemeinsame Währung und den gemeinsamen Markt gelöst werden.

Verantwortungsdiffusion bei Kontrollverfahren

Die Regeln der Maastrichter Verträge wurden nur unzureichend beherzigt und kontrolliert, Verstöße blieben oft ohne Konsequenzen. Zudem versagten die zuständigen Instanzen in ihrer Aufgabe, Defizite transparent zu machen. Es bleibt der Eindruck, man habe sich vorschnell von falschen (gefälschten) Zahlen blenden lassen und großzügig über Versäumnisse hinweggesehen. Versagt haben dabei sowohl die nationalen als auch die europäischen Kontrollinstanzen, die einzelnen Ministerien und Zentralbanken, die Europäische Kommission sowie der Ministerrat.

Die Regularien, die dabei die Kompetenzen hinsichtlich der Zuständigkeiten innerhalb der Europäischen Union beschreiben, sind äußerst kompliziert. Nicht selten haben nicht nur Außenstehende den Eindruck, es herrsche ein Zuständigkeits- und Verantwortungsproblem. Bekräftigt wird der Eindruck durch öffentliche Streitigkeiten zwischen nationalen und europäischen Gremien. Für diese offensichtlichen Mängel und Defizite fühlte sich lange Zeit niemand zuständig. Auch die Wissenschaft, die die Probleme teilweise erkannte, hat Bedenken zu wenig artikuliert. Unseres Erachtens haben Personen und Institutionen, die eigentlich Verantwortung bei der Kontrolle haben sollten, versagt.

Kulturelle Unterschiede

Obwohl die aktuelle Krise nicht dazu verleiten sollte, in alte Stereotype zu verfallen, kann man die innerhalb der Währungsunion bestehenden kulturellen Unterschiede nicht ausblenden. Betrachtet man Schuldenkrisen im historischen

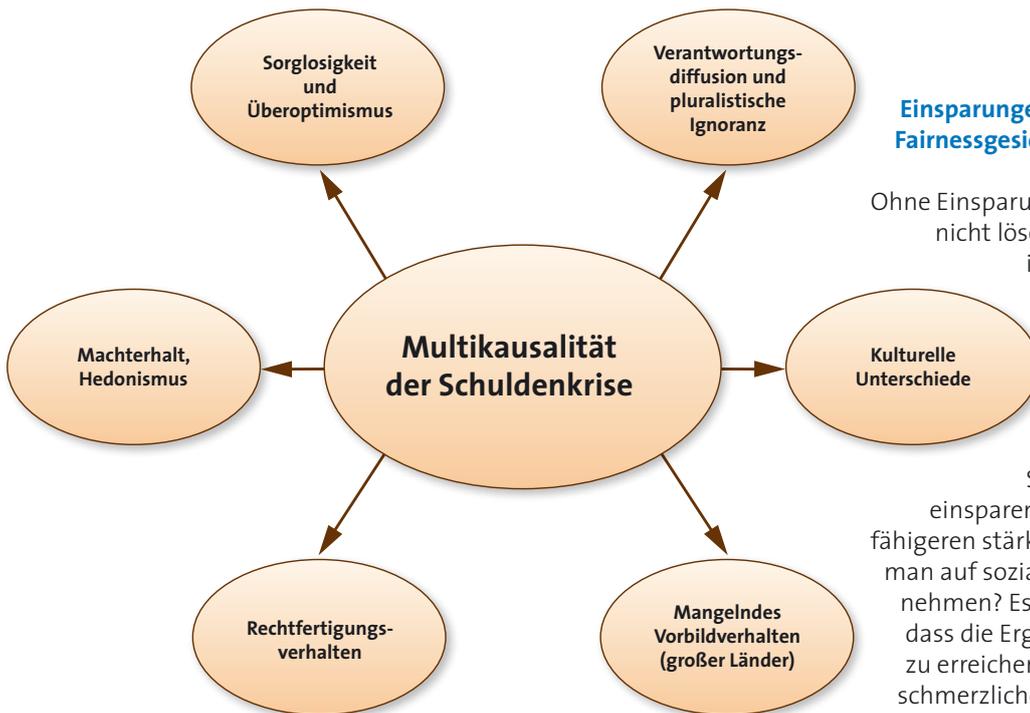


Abb. 2: Psychologische Faktoren der Schuldenkrise.

Kontext, so fällt auf, dass viele anglophone Länder wie z. B. Australien, Kanada, Neuseeland und die USA noch nie von Zahlungsausfällen betroffen waren. Aber auch Dänemark, Finnland, Schweden und Norwegen blieben bisher von Schuldenkrisen verschont. Dagegen gibt es Länder, die im 20. Jahrhundert gleich mehrmals von Schuldenkrisen betroffen waren, etwa Griechenland, Spanien und Portugal, aber auch Deutschland, Argentinien und Brasilien. Staatsbankrotte blieben zumeist in den Ländern aus, die von großen Katastrophen und Kriegen weitgehend verschont wurden. Zugleich sticht auch ins Auge, dass Länder mit hoher Korruption eine höhere Wahrscheinlichkeit von Staatsbankrotten aufweisen. Hohe Staatsquoten in unproduktiven Bereichen führen dazu, dass weite Teile der betroffenen Volkswirtschaften nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Korrupte Finanzverwaltungen tragen zu Einnahmeausfällen und Ungerechtigkeiten im Steuersystem bei.

Handlungsmöglichkeiten in der Europäischen Union

Jede Therapie beginnt mit der Diagnose. Deshalb ist es notwendig, jetzt die tiefer liegenden Ursachen der Krise zu reflektieren und Reformen der Europäischen Union, aber auch in den einzelnen Ländern auf den Weg zu bringen, damit zukünftig Krisen eines solchen Ausmaßes möglichst gar nicht erst entstehen. Folgende Faktoren sind aus Sicht der Wirtschaftspsychologie dabei zu berücksichtigen.

Einsparungen nach Fairnessgesichtspunkten realisieren

Ohne Einsparungen werden sich die Probleme nicht lösen lassen. Wer hierbei Akzeptanz in der Bevölkerung erreichen will, muss transportieren, dass es fair zugeht. Dabei gibt es mindestens drei Arten von Fairness: Ergebnisfairness, prozedurale Fairness und informationale Fairness. Sollen alle im Verhältnis gleich viel einsparen? Sollen die finanziell Leistungsfähigeren stärker zur Kasse gebeten werden? Soll man auf sozial Schwache besondere Rücksicht nehmen? Es liegt in der Natur der Sache, dass die Ergebnisfairness am schwierigsten zu erreichen ist, da Einsparungen immer schmerzliche Einschnitte für den Einzelnen bedeuten. Jeder Betroffene präferiert das Verteilungsprinzip, bei dem er am wenigsten Opfer zu bringen hat. Neben der Ergebnisfairness geht es aber auch um prozedurale Fairness. Dies bedeutet, dass die Kriterien offengelegt werden, warum welche Einsparungen umgesetzt werden müssen. Ebenso ist informationale Fairness geboten, d. h. die Menschen müssen das Gefühl haben, dass es keine „Hidden Agenda“, also keine Hintergedanken, gibt, sondern dass ehrlich und umfassend informiert wird. Die Fairnessforschung liefert hier gute Grundlagen über die Akzeptanz von Einsparungen.

Solidarität säumiger Steuerzahler einfordern

Nur wenn sich alle gesellschaftlichen Schichten solidarisch verhalten, können die betroffenen Länder ihre Probleme in den Griff bekommen. Es ist seit langem bekannt, dass die Steuerehrlichkeit z. B. in Griechenland, speziell unter den extrem Reichen, nicht besonders hoch ausgeprägt ist. Doch gerade an ihnen liegt es nun, einen Beitrag zur Trendwende zu leisten. Damit verbunden ist die effektive Bekämpfung von Filz und Korruption, die eine Umgehung der gesetzlichen Vorschriften oft erst ermöglichte. Hierfür sind effiziente Steuerbehörden notwendig, zudem müssen Verstöße hart sanktioniert werden.

Wirksame Kontrollen und Kontrollinstanzen

Kontrolle allein nützt nichts, wenn nicht wirkungsvoll sanktioniert werden kann. Viel zu lange konnten Länder davon ausgehen, dass ihnen selbst bei zweifelhafter Haushaltsführung geholfen werden würde. Aus Sicht der Lerntheorien kann sich daraus ein negativ wirkendes Be-

lohnungslernen ergeben. Eigene Anstrengungen, die Ausgaben in den Griff zu bekommen, bleiben aus. Eine wirkungsvollere Kontrolle ist daher zukünftig unabdingbar. Durchgriffsrechte der Europäischen Union auf die nationalen Haushalte bei Verletzung der Stabilitätskriterien wären oft sinnvoller als Strafzahlungen, die schwer einzufordern sind und die Haushalte zusätzlich belasten.

Interessen der jungen Generation berücksichtigen

Handlungen müssen verstärkt auf ihre langfristigen Konsequenzen geprüft werden. Es wurde lange Zeit versucht, den Status quo aufrechtzuerhalten, ohne an die Bedürfnisse der nachfolgenden Generationen zu denken. Dem häufig postulierten Prinzip der Nachhaltigkeit wurde man so in keiner Weise gerecht. Es wäre etwa wünschenswert, bei jeder politischen Entscheidung auch die Konsequenzen für die nächste Generation verbindlich durchzuspielen. Hier ist auch die Jugend aufgefordert, die eigenen Interessen wahrzunehmen.

Rahmenbedingungen für Innovationen stärken

Einzig und allein im Sparen kann jedoch die Lösung der Probleme Griechenlands und anderer europäischer Länder nicht liegen, schließlich wurde so die Rezession in den letzten Monaten noch verstärkt. Die Europäische Union sollte sich auch bemühen, die Wettbewerbsfähigkeit der krisengebeutelten Länder zu stärken, etwa durch gezielte Strukturpolitik und Förderung von Innovationen. Wie können bisher ungenutzte Potentiale Griechenlands aktiviert werden? Vor allem muss eine Kultur der Eigeninitiative entstehen: In der effektiven Hilfe zur Selbsthilfe liegt die eigentliche Solidarität, die die EU den betroffenen Ländern schuldet.

Sinn und Visionen auf Grundlage europäischer Werte bieten

Es muss verstärkt der Sinn politischer Maßnahmen vermittelt werden: Wozu dienen die Rettungsmaßnahmen in den krisengebeutelten Ländern? Warum müssen die Menschen, etwa in Griechenland, Opfer bringen? Gelingt es nicht, die „Wozu“- und „Warum“-Frage zu vermitteln, besteht die Gefahr, dass die Bevölkerung jeweils das eigene Land als „unfair“

behandelt sieht. Die Europäische Union und der Euro sind kein Selbstzweck, deshalb sollte nicht nur erklärt werden, dass wir Europa brauchen, sondern auch, warum wir es brauchen. Bedingt durch die mangelnde Idee, was man mit Europa eigentlich „anfangen“ will, mangelt es auch an Zielvorstellungen, „wo man hin will“. Doch wer Änderungen und Opfer fordert, muss deren Sinn vermitteln und eine Vision bieten. Hier ist die Politik alleine überfordert. Es ist Kooperation und nicht Konfrontation der gesellschaftlichen Eliten notwendig, geeint durch die Werte, die Europas Kultur prägen: eine offene Gesellschaft im Sinne einer funktionierenden Demokratie sowie ein marktwirtschaftliches System, das seine soziale Komponente nicht aufgibt. Europas Errungenschaften sind durch die Krise fundamental bedroht. Nur wenn jetzt Veränderungen und Abstriche vom Status quo realisiert werden, kann das europäische Gesellschaftsmodell weitestgehend erhalten bleiben.

Fazit

Es geht letztlich darum, zu sparen und Missstände zu korrigieren; dabei muss gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Länder gestärkt werden. Einfache, schnelle Lösungen gibt es nicht, Einschnitte und Reformen sind immer auch schmerzlich. Es gehört sehr viel Disziplin dazu, all die angesprochenen Punkte tatsächlich auch umzusetzen. Vor allem bedarf es dazu jedoch des Vorbildes der politischen Führung, die glaubwürdig das „Warum“ und „Wozu“ vermittelt – nur dann kann eine Aufbruchstimmung in Europa entstehen.

DIE AUTOREN

Prof. Dr. Dieter Frey hat den Lehrstuhl für Sozialpsychologie an der LMU München inne und ist Akademischer Leiter der Bayerischen EliteAkademie, Leiter des LMU Centers for Leadership and People Management sowie Träger des Deutschen Psychologie-Preises 1998. 1996 wählte ihn die Bayerische Akademie der Wissenschaften zu ihrem o. Mitglied.

Andreas Lenz studierte Betriebswirtschaft. Er ist Absolvent der Bayerischen EliteAkademie und derzeit Doktorand am Department Psychologie der LMU München.

Abb. 3: Darstellung möglicher Lösungsansätze aus wirtschaftspsychologischer Sicht.

